

# Antragsbuch

mit den Beschlüssen der Delegierten

**des SPD Berlin-Kreis 12 Reinickendorf**

zur Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 4. April 2025

im Romain-Rolland-Gymnasium, Berlin-Reinickendorf

Fassung vom 17.04.2025

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Soziales, Inklusion & Bürgerrechte

- **Antrag 01:** Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen! 3
- **Antrag 02:** Bessere Gehwege für mehr Inklusion! 4
- **Antrag 03:** Bürgerfreundliche Stadtplanung in Reinickendorf. 5
- **Antrag 04:** Notwendige Infrastruktur mitplanen. 5
- **Antrag 05:** Tischtennisplatten als Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Berlin-Frohnau schaffen! 6
- **Antrag 06:** Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern. 7
- **Antrag 07:** ~~Besetzung des Bezirksamtes nach Fraktionsproporz durch Höchstzahlverfahren abschaffen.~~ 8
- **Antrag 08:** Social-Media-Accounts – einer für alle, alle für einen! 9

## 2. Bildung & Jugend

- **Antrag 09:** Schwimmunterricht in den Schulen stärker fördern und verbessern. 10
- **Antrag 10:** Konsequenter Jugendschutz für die „Sozialen Netzwerke“ – Altersverifizierung als Nutzungsvoraussetzung. 12
- **Antrag 11:** Politische Bildung stärken: Keine Schaukastengebühren für Parteien. 13

## 3. Gesundheit & Verbraucherschutz

- **Antrag 12:** Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol draufstehen. 14
- **Antrag 13:** Sanktion bei ungerechtfertigter Schadenablehnung. 15

#### 4. Wirtschaft & Finanzen

- **Antrag 14:** ~~Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie.~~ 16
- **Antrag 15:** Verpackungssteuer in Berlin einführen. 17
- **Antrag 16:** ~~Mietkaufoption für staatlich finanzierte Neubauwohnungen prüfen (zur Altersvorsorge).~~ 18
- **Antrag 17:** Lokalen Einzelhandel stärken – gegen die Verödung von Einkaufsstrassen. 19

#### 5. Verkehr & Mobilität

- **Antrag 18:** Großveranstalter an Polizeikosten beteiligen. 21
- **Antrag 19:** ÖPNV-Nutzung für Kitagruppen vereinfachen. 22
- **Antrag 20:** ÖPNV stärken – Einnahmen erhöhen: Höhere Nutzungsgebühren für E-Scooter-Betreiber. 23
- **Antrag 21:** Berliner Norden weiterhin direkt mit dem Flughafenexpress an den BER anbinden! 24

#### 6. Klima, Umwelt & Energie

- **Antrag 22:** Pilotprojekt Kiez-Klimabonus starten. 25
- **Antrag 23:** Wohnen und energiebewusstes Heizen. 27
- **Antrag 24:** Verkaufsverbot von privatem Feuerwerk etablieren. 28
- **Antrag 25:** Öffnungsklausel im Sprengstoffrecht. 29

#### 7. Initiativanträge

- **Initiativantrag 01:** ~~Nichtmilitärischen Friedenssicherung in den Koalitionsverhandlungen.~~ 29
- **Initiativantrag 02:** ~~Aufstellung von Schaukästen der politischen Parteien auf öffentlichem Straßenland von Gebühren befreien.~~ 30
- **Initiativantrag 03:** Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen, Infrastruktur für alle stärken 31
- **Initiativantrag 04:** ~~Demokratiefördergesetz.~~ 32

**Antrag 1 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen!**

Durch immer wärmer werdende Sommermonate in einer Stadt, die nicht für diese hohen Temperaturen konzipiert ist, wird diese Zeit für uns alle, aber insbesondere für obdachlose Menschen, auch körperlich belastender. Obdachlose Menschen haben, wie auch im Winter, nicht die Möglichkeit, sich ausreichend vor den Temperaturen zu schützen. Zwischen Häusern auf betonierten Wegen staut sich die heiße Luft bis spät in die Nacht. Zudem treten Tropennächte mit fortschreitendem Klimawandel immer häufiger auf.

Gerade im Sommer ist eine ausreichende Flüssigkeitsaufnahme besonders notwendig. Laut Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. sollten Erwachsene bei hohen Temperaturen zwei bis drei Liter Wasser trinken. Flüssigkeitsmangel macht sich körperlich und geistig schnell bemerkbar: Unser Wasserhaushalt beeinflusst unsere Körpertemperatur und unseren Blutdruck und die typischen Symptome wie Müdigkeit, Schwäche und Schwindel sind uns allen bekannt. Dazu kommen Kopfschmerzen und eine geminderte Konzentrationsfähigkeit sowie Leistungsfähigkeit. Flüssigkeitsmangel bildet somit ein Einfallstor für weitere Krankheiten. Für ohnehin schon geschwächte, obdachlose Menschen ist ein solcher Mangel umso gefährlicher.

Die Beschaffung von ausreichend Flüssigkeit stellt zu dem ohnehin schon harten Leben auf der Straße eine weitere Belastung dar. Deswegen braucht es konkrete, politische Antworten, welche niedrigschwellig Obdachlosen den Zugang zu Wasser ermöglichen.

**Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie die SPD geführten Senatsverwaltungen zu folgenden Maßnahmen auf:**

1. Die umgehende Reparatur kaputter Trinkwasserbrunnen in Berlin
2. Den Ausbau von Trinkwasserbrunnen in Berlin
3. Eine Überprüfung, ob Trinkwasserbrunnen auch außerhalb der Sommermonate weiterlaufen können.
4. Alle Gastronomiebetriebe dahingehend zu verpflichten, Bedürftigen auf Nachfrage kostenloses Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Dies soll möglichst niedrigschwellig erfolgen, um soziale Hürden abzuschwächen.

Letzteres wurde durch den gemeinnützigen Verein a tip: tap und dem Refill-Netzwerk bereits angestoßen. Teilnehmende Einrichtungen mit klaren Öffnungszeiten ermöglichen das kostenlose Auffüllen mitgebrachter Gefäße mit Trinkwasser. Hieran anknüpfend soll das Konzept auf ganz Berlin ausgeweitet werden, um eine ausreichende Trinkwasserversorgung Bedürftiger sicherzustellen. Langes Suchen einer teilnehmenden Einrichtung wird durch eine gesetzliche Verpflichtung aller Gastronomiebetriebe verhindert.

Dass dies nur eine geringfügige Verbesserung der Situation obdachloser Menschen ist, ist klar. Gleichzeitig lässt sich so relativ einfach die Lebenssituation dieser Gruppe verbessern. Unsere weitergehenden, vergangenen Beschlüsse zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit bleiben von diesem Antrag unberührt.

## **Antrag 2 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

### **Bessere Gehwege für mehr Inklusion!**

Die SPD-Fraktion der BVV Reinickendorf wird beauftragt, einen Antrag an das Bezirksamt mit folgenden Punkten zu formulieren:

1. Eine umfassende Überprüfung der Gehwege in Reinickendorf in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.
2. Die zeitnahe Durchführung notwendiger Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen, insbesondere zur Verbesserung der Barrierefreiheit (z. B. Absenkung von Bordsteinen, Beseitigung von Unebenheiten).
3. Eine umweltschonende Verbesserung, z.B. durch den Einsatz von Bewegungssensoren, um die Sicherheit in den Abend- und Nachtstunden zu gewährleisten.
4. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Sicherheit aller Fußgängerinnen und Fußgänger – insbesondere von Menschen mit Behinderungen – zu erhöhen und Reinickendorf zu einem barrierefreien und lebenswerten Ort für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu machen.

### **Begründung:**

Die derzeitige Situation der Gehwege stellt insbesondere für ältere und körperlich eingeschränkte Personen eine ernsthafte Gefahr dar. Zusätzlich verschärft sich das Problem in der dunklen Jahreszeit durch mangelhafte Beleuchtung. Diese unzureichende Infrastruktur schränkt die Bewegungsfreiheit von körperlich beeinträchtigten Menschen massiv ein und führt zu einem Empfinden des Ausgeschlossenseins.

**Antrag 3 (ANNAHME)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:****Bürgerfreundliche Stadtplanung in Reinickendorf.**

Mit dem Ziel sozial ausgewogene Wohnquartierentwicklung verstärkt umzusetzen, wird die SPD-Vertretung im Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Ausweitung des Vorkaufsrechts für Kommunen für Grundstücke einzusetzen.

**Begründung:**

Immer wieder bauen Investoren trotz gegenteiligen Zusicherungen am Bedarf der Bürger\*innen in Berlin vorbei, teure Eigentums- und/oder überteuerte Mietwohnungen. Dabei halten sie sich oftmals mit Tricks nicht an die von staatlicher Seite vorgegebenen Vorgaben, wie z.B. Wohnraum für sozial Benachteiligte, da ihnen leichtfertig und ohne rechtlich wirksame Vorgaben Grundstücke sowie Bauförderung zugestanden wurden. Schlechtes Beispiel: Wohnquartier Heidestraße. Dazu kommt, dass immer weniger die Stadtplanung in den Bezirken sich an den Interessen der BürgerInnen orientiert, daher ist es notwendig hier neue Wege zu gehen, die Planungskompetenz in die Bezirke zu verlagern, so noch nicht geschehen sowie fachliche Expertise in Form von Unterstützung durch Universitäten und Fachhochschulen für eine zukunftsorientierte Stadtplanung im Bezirk zu holen. Dann ist es auch möglich, durch ein Vorkaufsrecht Bedingungen an Neubau und Errichtung von Wohnquartieren zu stellen, die lebenswert sind. Wichtig ist hier, auf eine gute soziale Mischung zu achten, damit keine sozialen Brennpunkte entstehen.

Damit das zeitnah umgesetzt wird, ist es erforderlich, ab sofort freiwerdende Grundstücke durch den Bezirk aufzukaufen bzw. sich ein Vorkaufsrecht zu sichern, um so in kleinen Schritten zu beginnen, die immer wieder nachjustiert werden können.

**Antrag 4 (ANNAHME)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,****Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:****Notwendige Infrastruktur mitplanen.**

Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass Umbau- und Neubauvorhaben in den Berliner Bezirken, nur dann genehmigt werden, wenn dafür die notwendige Infrastruktur, wie neue Kitas, Schulen, Versorgungszentren, Anbindung an den ÖPNV sowie Begegnungsplätze wie Parks mit eingeplant werden.

Im Besonderen sind Flächen für „Dritte Orte“ freizuhalten wie Cafés oder andere kleine Einzelhandelnde, welche jahreszeit- und wetterunabhängig Begegnungsräume bieten und aus einem Wohn- ein Lebensquartier machen. Besonders in den Erdgeschossen von neuen Wohngebäuden sind daher ausgewählte Flächen für Gewerbetreibende miteinzuplanen.

**Begründung:**

Eine reine Orientierung auf den Wohnungsbau lässt keine lebenswerten Wohnquartiere entstehen, sondern fördert, durch Isolierung als reine Wohn-Schlafquartiere, die soziale Segregation und damit soziale Brennpunkte. Damit Wohnquartiere lebenswert für alle Schichten in der Bevölkerung sind, ist es dringend erforderlich neben eine soziale Mischung auch die erforderliche Infrastruktur zu schaffen, angefangen von ÖPNV-Anbindung bis hin zu Bildungseinrichtungen für Kinder und Begegnungsplätze/-einrichtungen für Jugendliche und Erwachsene. Stadtplanungskonzepte sind daraufhin gemeinsam mit der Expertise von Universitäten und Fachhochschulen zu erstellen. Die Beispiele des sozialen Brennpunkts Märkisches Viertel in Reinickendorf sowie andere, z.B. in Marzahn zeigen, wie wichtig eine direkte Anbindung an den ÖPNV ist. Aber auch die fehlende soziale Infrastruktur wird nur bedingt aufgefangen durch zivilgesellschaftliche Initiativen. Gute Kitas und Schulen, mit einer guten Ausstattung, auch mit Lehrenden sowie eine gute Ausstattung an Versorgungszentren würde beispielsweise das Märkische Viertel wieder zu einem attraktiven Ort, auch für Familien machen, die nicht allein auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind, aber dennoch bezahlbare Wohnungen in einem attraktiven Umfeld suchen.

**Antrag 5 (ÜBERWEISUNG an BVV-Fraktion)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

**Tischtennisplatten als Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Berlin-Frohnau schaffen!**

Die Errichtung von zwei fest installierten Tischtennisplatten auf den Frohnauer Plätzen für die aktive Freizeitgestaltung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen.

**Begründung:**

Warme Temperaturen und schönes Wetter zeigen immer wieder, welch hohen Stellenwert die Frohnauer Plätze für Reinickendorfs und insbesondere Frohnau's Jugend haben. Gerade in den Sommermonaten finden sich ab dem Nachmittag täglich eine Vielzahl Jugendlicher auf dem Zeltinger und Ludolfinger Platz wieder, um das schöne Wetter an der frischen Luft und im Grünen zu verbringen. Doch im Gegensatz zu anderen Orten mit einem ähnlichen Stellenwert für Berlins Jugend (bspw. Mauerpark, Gleisdreieck, Tegeler Malche oder Rathausplatz Hohen Neuendorf) fehlt es den Frohnauer Plätzen an Freizeitangeboten für diese Zielgruppe.

Dieses Freizeitangebot können für den Anfang zwei festinstallierte Tischtennisplatten aus Stein sein, welche in einem geeigneten Bereich auf einem der Frohnauer Plätze aufgebaut werden.

Diese Investition hat zum Vorteil, dass junge Menschen weiterhin den Aufenthalt und die Atmosphäre an den Frohnauer Plätzen und an der frischen Luft genießen. Des Weiteren sorgen die Tischtennisplatten dafür, dass schon mit einer günstigen Ausrüstung für eine aktive Beschäftigungsmöglichkeit gesorgt ist, welche Jugendliche zudem davon abhalten, kann andere, weniger harmlose Dinge zu tun.

#### **Antrag 6 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**

**Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

#### **Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern.**

Wir sind überzeugt: Arbeit ist für die Integration ein zentraler Schlüssel. Wer arbeitet, lernt schneller die Sprache, findet Anschluss in der Gesellschaft und trägt aktiv zum Zusammenhalt bei. Deshalb müssen wir uns aktiver dafür einsetzen, dass Asylsuchende so früh wie möglich eine Chance auf Arbeit bekommen.

Die SPD hat bereits Hürden abgebaut und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert – doch es gibt noch mehr zu tun. Anstatt Menschen in Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu lassen, wollen wir ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten einzubringen. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern auch unserer Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte braucht.

Aktuell dürfen Asylbewerber\*innen in den ersten drei Monaten nach der Ankunft in Deutschland keiner Arbeit nachgehen. Danach kann erst eine Beschäftigungserlaubnis beantragt werden, falls keine Verpflichtung besteht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Diesem Antrag müssen meistens das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Bundesagentur für Arbeit zustimmen. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass den Menschen unnötig hohe bürokratische Hürden bereitet werden, um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, einer Arbeit nachgehen zu dürfen.

#### **Wir fordern daher:**

Asylsuchende und Geduldete sollen eine generelle Arbeitserlaubnis erhalten. Bei Anhaltspunkten, die gegen eine Arbeitserlaubnis sprechen, soll dann die Möglichkeit für das BAMF oder die Bundesagentur für Arbeit bestehen, diese nachträglich wieder zu entziehen.



**Antrag 7 (RÜCKNAHME durch Abteilung)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:****Besetzung des Bezirksamtes nach Fraktionsproporz durch Höchstzahlverfahren abschaffen.**

~~Um die fachliche gesamtstädtische Steuerung flächendeckend zu stärken sowie eine einheitliche Verwaltungsarbeit in den Bezirken zu gewährleisten, setzt sich die SPD Berlin und die SPD-AGH-Fraktion dafür ein, dass das Bezirksverwaltungsgesetz im laufenden Gesetzgebungsprozess zur Verwaltungs- und Verfassungsreform im Land Berlin wie folgt geändert wird:~~

~~Der Bezirksbürgermeister oder die Bezirksbürgermeisterin wird mit der Mehrheit der Mitglieder der Bezirksversammlung für die Dauer der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt. Kommt eine Wahl nach Satz 1 nicht zustande, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.~~

~~Die weiteren Bezirksamtsmitglieder werden jeweils mit der Mehrheit der Mitglieder der Bezirksversammlung für die Dauer der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt. Kommt eine Wahl nach Satz 1 nicht zustande, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.~~

~~Bezirksamtsmitglieder müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen.~~

**Begründung:**

~~Bisher wird das Bezirksamt nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren besetzt. Dadurch werden die zu vergebenen Positionen im Bezirksamt nach Partei bzw. Fraktionsproporz vergeben.~~

~~Der Landesvorstand der SPD Berlin hat am 8. Oktober 2024 beschlossen, dass das Proporz Bezirksamt heutiger Prägung nach Auffassung der SPD nicht geeignet ist, die politische Entscheidungsverantwortung für die Bezirke abzubilden und verhindert eher die politische Meinungsbildung im Bezirksamt. Wenn die fachliche gesamtstädtische Steuerung flächendeckend gestärkt und eine einheitliche Verwaltungsarbeit in den Bezirken erreicht werden soll, dann werden sich die bisherigen Rollen und Aufgaben der Bezirksstadträt\*innen verändern.~~

Als Alternative schlägt der Landesvorstand vor, über ein Dezernentenmodell (Wahl für z. B. 5 Jahre unabhängig von der Legislaturperiode) zu diskutieren. Die Wahl erfolgt durch die Bezirksverordnetenversammlung. Damit wäre auch ein anderes Auswahlmodell verbunden, das fachliche Qualifikationen beinhaltet. Im Dezernentenmodell wird in der Praxis anderer Bundesländer im Regelfall die demokratische Opposition an der Verantwortung beteiligt.

Auf Grund der Wahlergebnisse der AfD könnten bei Beibehaltung der bisherigen Praxis je nach Wahlergebnis bzw. Fraktionsstärke in der BVV zwei oder mehr Bezirksamtsmitglieder von der AfD gestellt werden. Mit der im Antrag vorgeschlagenen Verfahrensweise werden nur die Parteien bzw. Fraktionen berücksichtigt, deren Wahlvorschlag von der BVV-Mehrheit mitgetragen wird.

Die Qualifikationsanforderungen stellen sicher, dass Kenntnisse in der Führung von Organisationseinheiten und/ oder Fachkenntnisse vorliegen, die für die Leitung einer Abteilung im Bezirksamt notwendig sind. Die Qualifikationsanforderungen entsprechen denen der Leitung von Organisationseinheiten in Bezirksamtern oder Senatsverwaltungen. Sie werden so oder ähnlich auch für Kommunale Wahlbeamte in den Kommunalverwaltungen der Flächenländer gefordert. Das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 entspricht einer Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe von A 13/ E 13.

#### **Antrag 8 (ÜBERWEISUNG an Kreisvorstand)**

Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf möge beschließen:

#### **Social-Media-Accounts - einer für alle, alle für einen!**

Allen Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD Reinickendorf soll es möglich sein, die Social-Media-Accounts des SPD-Kreisverbandes gemeinschaftlich zu nutzen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Reichweite unserer Inhalte zu erhöhen, die Sichtbarkeit unserer politischen Arbeit zu stärken und eine gebündelte Präsenz in den sozialen Medien zu gewährleisten.

#### **Begründung:**

Die sozialen Medien sind ein zentraler Bestandteil moderner politischer Kommunikation. Die einzelnen Accounts von Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften erreichen jedoch nur schwer eine größere Sichtbarkeit. Durch eine gemeinsame Nutzung könnten alle Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften ihre Aktivitäten und Veranstaltungen über die bestehenden Kanäle verbreiten.

**Ein gebündeltes Vorgehen bietet folgende Vorteile:**

1. Größere Reichweite: Durch die Beteiligung aller Abteilungen steigt die Frequenz und Relevanz der Beiträge, was die Interaktion mit unseren Follower\*innen und die organische Verbreitung fördert.
2. Bessere Sichtbarkeit: Eine abgestimmte und vielfältige Präsenz zeigt die Breite unserer Arbeit und macht den Kreisverband für Mitglieder, Sympathisantinnen und potenzielle Wählerinnen attraktiver.
3. Effiziente Ressourcennutzung: Statt einzelner, oft wenig beachteter Accounts könnten wir die bestehende Infrastruktur optimal nutzen und Doppelarbeit vermeiden.

**Vorschlag zur Umsetzung:**

1. Einrichtung eines Redaktionsteams, das die Beiträge der Abteilungen koordiniert und auf einen einheitlichen Stil sowie die Einhaltung der SPD-Grundsätze achtet.
2. Festlegung klarer Zuständigkeiten und eines einfachen Abstimmungsprozesses, um Inhalte schnell und unkompliziert zu veröffentlichen.
3. Optional: Schulungen für Vertreter\*innen der Abteilungen zur Nutzung der Plattformen und zur Erstellung ansprechender Inhalte.

**Antrag 9 (RÜCKÜBERWEISUNG an Abteilung)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:****Schwimmunterricht stärken!**

**Wir fordern die SPD-Vertretungen im Abgeordnetenhaus sowie im Senat von Berlin auf, den Schwimmunterricht in den Schulen stärker zu fördern und zu verbessern. Zur Finanzierung sollen die staatlichen Leistungen für den Spitzensport herangezogen werden.**

**Begründung:**

Die bereits mehrere Jahre andauernde Schließung des Paracelsus-Bades in Reinickendorf ist ein besonders ärgerliches Beispiel dafür, dass bundesweit immer weniger Schwimmbäder für die Bevölkerung und für die Schulen in annehmbarer Entfernung zur Verfügung stehen.

Der bundesweite Trend hat auch zu einer Beeinträchtigung der Schwimmausbildung in den Schulen geführt. Nach Angaben des DLRG hat sich die Zahl der Grundschulkinder in Deutschland die nicht schwimmen können in den letzten Jahren verdoppelt. Der Anteil der Kinder mit dem auf das Schwimmen vorbereitende Seepferdchen-Abzeichen ist von 69 Prozent in 2017 auf nur noch 54 Prozent zurück gegangen. Die Hälfte der Kinder in Familien mit geringem Haushaltseinkommen sind Nichtschwimmer.

Um die erforderlichen finanziellen Mittel für eine Verbesserung der Schwimmausbildung bereit zu stellen, soll die derzeitige Förderung des Spitzensports einer kritischen Untersuchung unterworfen werden. Sportarten, die nur von wenigen Personen ausgeübt werden und nicht als Breitensport angesehen werden können, sollen nicht mehr im bisherigen Umfang staatlich gefördert werden. „Materialschlachten“ im Spitzensport sollen nicht länger durch die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht werden.

Die staatlichen Leistungen zur Förderung des Spitzensports sind in den letzten Jahren rasant gestiegen. Allein die Zuwendungen des Bundes zur Förderung der Bundessportfachverbände haben sich von 53,5 Mio. Euro im Jahr 2013 auf 107,5 Mio. Euro in 2023 verdoppelt.

Viele der geförderten Sportarten haben nichts mit Breitensport zu tun. So wird z.B. der Bob- und Schlittensport, für den teure Eiskanäle und High-Tech-Material erforderlich sind, vom Bund mit nunmehr 6,5 Mio. Euro jährlich gefördert. Welche Auswüchse die Materialschlacht im Spitzensport genommen hat zeigt sich exemplarisch bei der Nordischen Ski-WM im März 2025 in Trondheim: Für die 13 deutschen Langläufer präparieren 10 Techniker die Ski, von denen jeder Athlet 40 Paar zur Verfügung hat. Zu diesen rd. 500 Paar Ski kommen noch 150 Testski für die Techniker (Quelle: Spiegel online vom 8.03.2025). Die durch den Wunsch nach immer mehr Medaillen bei internationalen Wettbewerben eingetretene Fehlentwicklung entspringt einem nationalistischen Geltungsdrang. Die angebliche Anreizfunktion zu mehr Breitensport ist nicht mehr als ein teures Feigenblatt.

**Antrag 10 (ÜBERWEISUNG an Kreisvorstand)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:****Konsequenter Jugendschutz für die „Sozialen Netzwerke“ – Altersverifizierung als Nutzungsvoraussetzung.**

Betreiber der „Sozialen Netzwerke“ werden verpflichtet, im Rahmen des Jugendschutzes eine Altersverifizierung durch ein Identifikationsverfahren (zum Beispiel PostIdent) der künftigen Nutzenden durchzuführen, um der DSGVO nachzukommen. Für Kinder und Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen Eltern oder Erziehungsberechtigte ihre Einwilligung durch ein entsprechendes Verfahren geben und der Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kindes zustimmen.

**Begründung:**

In der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist festgeschrieben, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten nur nach Einwilligung der betroffenen Person rechtmäßig ist (Art. 6, Abs. 1a). Eine solche Zustimmung kann erst ab einem Alter von 16 Jahren gegeben werden. Für Kinder und Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen Eltern oder Erziehungsberechtigte ihre Einwilligung geben und der Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kindes zustimmen. Das Alter wird zwar vor der Account-Öffnung abgefragt, aber nicht geprüft.

Insbesondere soziale Netzwerke leben davon, dass jede und jeder seine Meinung öffentlich teilen kann, dass man in Kontakt treten kann und Einblick in verschiedenste Bereiche erhält. Dies ist für viele Teenager inspirierend und die digitale Kommunikation gehört einfach zur Jugendkultur dazu.

Durch diese vielfältigen Möglichkeiten besteht allerdings die Gefahr, dass Jugendliche auch mit nicht jugendfreien Inhalten und anderen Gefahren in Kontakt kommen:

1. Gewaltdarstellungen und Hassbotschaften
2. Cybermobbing, sexuelle Belästigung (Cybergrooming)
3. Sexuelle oder pornografische Darstellungen
4. Werbung für Glücksspiel oder Kostenfallen
5. Verherrlichung von Selbstgefährdung oder Drogen
6. Politischer Extremismus

Insgesamt weist mehr als jedes vierte Kind im Alter zwischen 10(!) und 17 Jahren in Deutschland problematische Nutzungsmuster auf, was mehr als 1,3 Millionen Betroffenen entspricht. Es konnten keine signifikanten geschlechts- oder altersspezifischen Unterschiede festgestellt werden (vgl. DAK Studie zur Mediennutzung Jugendlicher 2024)

Zwar steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen in der DSGVO (Art. 8) und auch in den AGB der Betreiber der „Sozialen Netzwerke“, nachgehalten wird dies aber nicht. Während bei Besuchen in Kinos, Clubs, Gaststätten oder auch bei dem Kauf von Mobilfunkverträgen eine Altersüberprüfung stattfindet, erfolgt dies nicht bei den „Sozialen Medien“.

Um Kinder und Jugendliche zu schützen, muss daher deren Alter vor der Nutzung verifiziert werden.

#### **Antrag 11 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

#### **Keine Schaukastengebühren für Parteien.**

Die SPD Berlin und die AGH Fraktion setzten sich dafür ein, dass Schaukästen von Parteien keiner Sondernutzungsgebühr unterliegen. Hierzu ist die Sondernutzungsgebühren-Verordnung in Berlin entsprechend anzupassen.

#### **Begründung:**

Im Gegensatz zu Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen müssen laut Bezirksamt Reinickendorf, Parteien für das Aufstellen von Schaukästen in Reinickendorf eine Sondernutzungsgebühr zahlen.

Parteien tragen zur politischen Willensbildung bei und sind daher von dieser Gebühr wie andere gemeinnützige Organisationen zu befreien.

**Antrag 12 (ANNAHME)****Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf****Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen,****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,****Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,****Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen,****Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:****Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol draufstehen.**

Die Mitglieder der S&E Fraktion des europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich für eine eindeutige Kennzeichnungspflicht von alkoholhaltigen Lebensmitteln einzusetzen.

**Hierbei sind folgende Punkte zu beachten:**

1. Einführung eines einheitlichen, eindeutigen und gut erkennbaren Piktogramms für alkoholhaltige Lebensmittel.
2. Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Wort „Alkohol“ unabhängig davon, welche Art Alkohol verwendet wird.
3. Kennzeichnung von alkoholhaltigen Produkten unabhängig der Packungsgröße.
4. Kennzeichnung von alkoholhaltigen Produkten, auch wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern zu einem anderen Zweck (Lösemittel, Konservierungsstoff, etc.) zugesetzt wird.
5. Kennzeichnung auch von unverpackten Lebensmitteln (z.B. durch entsprechenden Aufkleber für die Umverpackung).
6. Kennzeichnungspflicht auch für Restaurants, Imbisse, Cafés etc. (Alkohol, der in Zutaten oder beim Kochen verwendet wird, sollte gemeinsam mit den Allergenen aufgeführt werden).

**Begründung:**

Es gibt viele Schlupflöcher bei der Kennzeichnung alkoholhaltiger Produkte.

Wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern nur in der Herstellung, beispielsweise als Lösemittel für Aromen oder zur Konservierung, verwendet wird, muss dies nicht explizit gekennzeichnet werden. Dies ist zum Beispiel bei vielen Fertigprodukten der Fall.

Hersteller:innen müssen nicht das Wort „Alkohol“ verwenden, sondern schreiben stattdessen die Art des Alkohols (z.B. Cognac, Sherry oder Marc de Champagne) oder auch chemische Bezeichnungen wie Ethanol oder Äthanol in die Zutatenliste. Diese uneindeutige Kennzeichnung kann bei Verbraucher:innen zu Verwirrung führen.

Unverpackte Lebensmittel müssen überhaupt nicht gekennzeichnet werden. Dazu gehören beispielsweise lose Süßigkeiten. Hierzu zählen auch Gerichte in Restaurants oder Kuchen in Cafés.

Auch kleine Verpackungen, mit einer Oberfläche, die kleiner als 10 cm<sup>2</sup> ist, müssen keine Zutatenliste aufführen.

Bei Getränken besteht erst ab einem Alkoholgehalt von 1,2 Volumenprozenten eine Kennzeichnungspflicht. Beispielsweise Malzbier, ein Getränk welches auch gerne von Kindern und Jugendlichen konsumiert wird, enthält in geringen Mengen Alkohol.

Es kann nicht von Verbraucher:innen erwartet werden, dass sie die Herstellungsprozesse aller Lebensmittel kennen und wissen, wann sie Gefahr laufen Alkohol gegen ihren Willen zu konsumieren.

Für verschiedenste Personen wird die mangelnde Kennzeichnungspflicht zum Gesundheitsrisiko. Schwangere sollen zum Schutz des ungeborenen Kindes schon auf kleinste Mengen Alkohol verzichten. Bei Kindern kann durch die regelmäßige Zufuhr geringer Mengen Alkohol ein Gewöhnungseffekt entstehen, wodurch die Hemmschwelle zum Konsum verringert wird, was zu Entwicklungsstörungen im Kinder- und Jugendalter führen kann oder auch zu Alkoholismus. Abstinente Alkoholiker:innen können bereits durch kleinste Mengen oder nur durch den Geruch von Alkohol rückfällig werden. Dazu kommen Menschen, die aus religiösen Gründen auf Alkohol verzichten.

Verbraucherorganisationen fordern bereits seit Jahren eine Überarbeitung der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln.

### **Antrag 13 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) Reinickendorf**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Die AGS Berlin möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**

**Die Bundeskonferenz der AGS möge beschließen,**

**Der Bundesparteitag / Parteikonvent der SPD möge beschließen:**

**Sanktionen gegen Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Schadenablehnungen.**



Die SPD-Bundestagsfraktion und die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, auf eine Ergänzung des Versicherungsvertragsgesetzes hinzuwirken, die für Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Schadenablehnungen Sanktionen vorsieht (wie z.B. die doppelte Entschädigungsleistung).

#### **Begründung:**

Aktuell können Versicherungsunternehmen ohne großes Risiko Schadenablehnungen bzw. Entschädigungskürzungen vornehmen und abwarten, wie sich der Versicherungsnehmer bzw. der Geschädigte verhält. Sofern der Versicherungsombudsmann oder ein Gericht eingeschaltet wird, erstatten manche Unternehmen dann kurz vor einer Entscheidung den bisher zurückgehaltenen Betrag, ohne – vom Arbeitsaufwand abgesehen – einen Nachteil befürchten zu müssen. Diese Praxis bedeutet einen Wettbewerbsnachteil für die Versicherungsunternehmen, die korrekt regulieren, also Versicherungsleistungen nur dann ablehnen, wenn der Schaden insgesamt bzw. ein Anteil der beanspruchten Entschädigung eindeutig nicht versichert ist. Unlautere Unternehmen, die zuerst ablehnen und dann doch zahlen, sollten sanktioniert werden.

#### **Antrag 14 (RÜCKNAHME durch Arbeitsgemeinschaft)**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) Reinickendorf**

**Die KDV Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**

**Der Bundesparteitag möge beschließen.**

#### **Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie.**

Die Mehrwertsteuer für Gastronomiebetriebe soll dauerhaft von 19 % auf 7 % gesenkt werden. Diese Maßnahme soll für alle gastronomischen Dienstleistungen gelten, sowohl für Speisen als auch für Getränke, unabhängig davon, ob der Konsum vor Ort oder zum Mitnehmen erfolgt.

#### **Begründung:**

Die Gastronomiebranche steht seit Jahren vor großen Herausforderungen. Besonders seit der Corona-Pandemie hat die Branche unter massiven Umsatzeinbrüchen und wirtschaftlichen Unsicherheiten gelitten. Angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Gastronomiebetriebe ist es dringend erforderlich, eine Entlastung zu schaffen, um Arbeitsplätze zu sichern und die Branche langfristig zu stabilisieren.

Die Mehrwertsteuer auf Speisen und Getränke in der Gastronomie wurde während der Pandemie von 19 % auf 7 % gesenkt, um die Branche in dieser Krisensituation zu unterstützen. Diese temporäre Maßnahme hat sich als sehr wirksam erwiesen, da sie die Betriebskosten senkte und gleichzeitig den Gästen günstigere Preise bot. Die Senkung hat auch dazu beigetragen, die Nachfrage zu stabilisieren und die Gastronomiebetriebe am Markt zu halten.

Die Verlängerung dieser Maßnahme oder sogar eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 % für Gastronomiebetriebe ist daher nicht nur eine wirtschaftlich sinnvolle Entscheidung, sondern auch ein klares Signal der Unterstützung für eine Branche, die für das soziale Leben in unseren Städten und Gemeinden von zentraler Bedeutung ist. Gastronomiebetriebe sind nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Orte der Begegnung und des Austauschs, die die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt stärken.

### **Antrag 15 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

### **Verpackungssteuer in Berlin einführen.**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass in Berlin eine Verpackungssteuer eingeführt wird. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollen prioritär Projekten zur Müllvermeidung sowie Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die mit der Reinigung des öffentlichen Raums beauftragt sind, um die Sauberkeit in der Stadt zu verbessern und die Vermüllung effektiver zu bekämpfen.

### **Begründung:**

Die zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums, insbesondere durch Einwegverpackungen wie To-Go-Becher, Fast-Food-Verpackungen und Plastikmüll, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Stadtreinigung dar. Täglich entstehen immense Kosten für die Beseitigung von Verpackungsmüll, die bisher überwiegend aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden.

Ein wegweisendes Beispiel liefert die Universitätsstadt Tübingen, die erfolgreich eine Verpackungssteuer eingeführt hat. Laut der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2025 ist eine solche Steuer grundgesetzkonform, sofern sie angemessen ausgestaltet wird. Die Verpackungssteuer hat in Tübingen nicht nur die Umweltbelastung reduziert, sondern auch zusätzliche Einnahmen generiert, die zweckgebunden für die Stadtreinigung eingesetzt werden können.

Berlin könnte mit der Einführung einer solchen Steuer einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung und Umweltentlastung leisten. Die Steuer würde Anreize für die Nutzung wiederverwendbarer und umweltfreundlicher Verpackungen schaffen. Gleichzeitig könnten die Einnahmen gezielt zur Verbesserung der Stadtsauberkeit und der Lebensqualität eingesetzt werden.

Daher setzt sich die Berliner SPD dafür ein, eine entsprechende Regelung auf Landesebene einzuführen, um Berlin zu einem Vorbild in Sachen Müllvermeidung und Ressourcenschonung zu machen.

### **Antrag 16 (ABWEISUNG)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

#### **Mietkaufoption für staatlich finanzierte Neubauwohnungen prüfen (zur Altersvorsorge).**

Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Prüfung einsetzen, inwiefern eine Mietkaufoption für staatlich finanzierte Neubauwohnungen nutzbar ausschließlich für Privatpersonen und Familien bei Selbstnutzung als staatlich gesteuerte Unterstützung zum Aufbau von Immobilienvermögen zur Altersvorsorge eingeführt werden kann.

#### **Hintergrund:**

Die anhaltend angespannte Lage am Wohnungsmarkt führt seit vielen Jahren zu bundesweit stark steigenden Miet- und Immobilienpreisen oberhalb der Inflationsraten. Ohne ein bereits bestehendes Vermögen ist es für Familien und Personen mit Einkommen auch oberhalb des Median-Einkommens kaum möglich mit eigenen finanziellen Mitteln Wohneigentum zu erwerben.

Selbstgenutztes Wohneigentum ist unempfindlich gegenüber Konjunkturschwankungen, hat in der Regel eine hohe Wertstabilität, ist meist sogar wertsteigernd und sollte daher als wichtiger Baustein zur Altersvorsorge anerkannt und gefördert werden.

Eine staatliche Belebung der Baubranche über verstärkten Wohnungsbau hat eine positive Wirkung auf die Gesamtkonjunktur sowie eine stabilisierende Wirkung auf die Mietpreise in angespannten Lagen. Die aktive Förderung und direkte Umsetzung von energieeffizientem Wohnungsbau folgt zudem den gesetzlich gesetzten Zielen der CO<sub>2</sub> Reduzierung.

#### **Gestaltung:**

Der Staat finanziert den Neubau von Wohnungen in attraktiven Lagen und zeitgemäßem Standard. Um Baukosten zu reduzieren, werden eine vorher definierte Anzahl an Haus- und Wohnungstypen mit der Bauindustrie vereinbart. Baugenehmigungen und Statik gelten bundesweit.

Wohnungen werden über die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zur Miete angeboten. Die Mietzahlungen werden als Rate mit einem sehr günstigen Zinssatz zur Abzahlung der Baukosten angerechnet sog. Mietkauf.

Je nach Länge der Mietdauer erwirbt der Mieter einen Eigentumsanteil an der Immobilie, den er bei Beendigung des Mietverhältnisses einem nächsten Mieter verkaufen kann. Der Eigentumsanteil entspricht der jeweils geleisteten Gesamtzahlungen. Der Mieter ist nicht verpflichtet die Wohnung in voller Höhe abzuzahlen.

Es kann ein max. Eigentumsanteil zur Sicherung der Gesamtimmobilie vereinbart werden. Dies gilt es in einem Expertenrat zu entwickeln.

Bei Mieterwechsel kann der Eigentumsanteil an einen neuen Mieter oder die Landeseigene Wohnungsgesellschaft übertragen werden.

Bei Abschluss eines Mietvertrages gelten die üblichen Bedingungen, es muss jedoch keine Kreditwürdigkeit nachgewiesen werden, die sonst bei Erwerb möglich wäre. Die Abzahlung der Immobilie kann über mehrere Nutzer getragen werden. Bei Ausfall der Mietzahlungen reduziert sich der Eigentumsanteil entsprechend dem Ausfall.

Die Kosten der Verwaltung wie Unterhaltung, Versicherung, Abfall usw. werden vom Mieter separat gezahlt.

#### **Antrag 17 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

#### **Lokalen Einzelhandel stärken – gegen die Verödung von Einkaufsstrassen.**

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin bis Ende 2026 ein Schutz- und Förderprogramm für den lokalen Einzelhandel und lebendige Einkaufsstrassen auflegt. Ziel ist es, kleine und inhabergeführte Geschäfte vor Verdrängung zu schützen, spekulativen Leerstand zu bekämpfen und die Attraktivität von Einkaufsstrassen zu erhöhen. Dies soll insbesondere durch innovative Nutzungskonzepte, eine bessere Verzahnung mit Gastronomie und Co-Working-Angeboten sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Gewerbemieten geschehen.

#### **Umsetzungsvorschläge:**

1. Initiative zur Einführung einer Mietpreisdeckelung auf Bundesebene für Gewerbeflächen in besonders betroffenen Lagen, um drastische Mietsteigerungen für kleine Betriebe zu verhindern.
2. Schaffung eines Förderprogramms für kleine Gewerbetreibende und Start-ups, die sich in Kiezen mit drohender Verödung ansiedeln.

3. Förderung von hybriden Nutzungskonzepten, die Einzelhandel, Gastronomie und Co-Working, auch unter Berücksichtigung von kulturellen Angeboten, verbinden, um die Attraktivität von Einkaufsstraßen zu steigern.
4. Begrenzung der Flächen für große Handelsketten in sensiblen Lagen, um eine Monopolisierung des Einzelhandels zu vermeiden.
5. Förderung von Pop-up-Stores und temporären Nutzungen, um Leerstand in Gewerbeflächen zu reduzieren.
6. Einführung einer Abgabe auf spekulativen Leerstand, um Vermieterinnen und Vermieter zur aktiven Nutzung von Geschäftsflächen zu bewegen.

**Begründung:**

Der Einzelhandel in Reinickendorf und ganz Berlin steht vor großen Herausforderungen. Wirtschaftliche Unsicherheit, steigende Energiekosten und Inflation führen zu einer Kaufzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Handelsverband Deutschland (HDE) prognostiziert für 2025 nur ein geringes reales Umsatzwachstum von 0,5 %, was viele kleinere Geschäfte in Existenznot bringt. (HDE)

Gleichzeitig steigen die Firmeninsolvenzen drastisch: 2024 gab es 23,1 % mehr Unternehmenspleiten, und für 2025 wird ein weiterer Anstieg erwartet – besonders in Städten wie Berlin. (Retail News)

Zudem verändert sich das Konsumverhalten: Der Online-Handel wächst weiter, aber stationäre Läden bleiben wichtig, wenn sie Erlebnischarakter bieten. Besonders hybride Konzepte aus Einzelhandel, Gastronomie und Co-Working-Spaces können den Wandel aktiv gestalten und die Attraktivität von Einkaufsstraßen erhöhen.

Durch eine gezielte Förderung dieser neuen Konzepte kann das Land Berlin dazu beitragen, die Vielfalt des Einzelhandels zu erhalten und lebendige Kieze zu sichern.

**Antrag 18 (ANNAHME)****Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:****Großveranstalter an Polizeikosten beteiligen.**

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass nach Bremer Vorbild, Gebühren für den polizeilichen Mehraufwand bei Großveranstaltungen (z.B. Hochrisikospielen im Fußball) von profitorientierten Veranstalter:innen erhoben werden können. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz steht der Erhebung einer solchen Gebühr kein verfassungsrechtlicher Einwand mehr entgegen. Das Gesetz zielt darauf ab, die durch die Durchführung von kommerziellen Großveranstaltungen entstandenen Mehrkosten der Polizei auf die Veranstalterinnen und Veranstalter abzuwälzen, wobei die Kosten an die Stelle verlagert werden sollen, an der die Gewinne anfallen. Auf diese Weise sollen die Mehrkosten der Polizeieinsätze nicht durch die Gesamtheit der Steuerzahler:innen, sondern jedenfalls auch durch die (un)mittelbaren wirtschaftlichen Nutznießer:innen der Polizeieinsätze geschultert werden.

Gerade in Zeiten knapper Landeskassen stellt eine solche Gebühr einen angemessenen Ausgleich zwischen der finanziellen Inanspruchnahme der Allgemeinheit und den profitierenden Veranstalter:innen dar. Bei der Ausgestaltung des Gebührentatbestandes sind die Folgenden Eckpunkte zu beachten:

Eine Einsatzgebühr wird von der Polizei bei Veranstalter:innen für den polizeilichen Mehraufwand bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen erhoben, welche nach dem Mehraufwand zu berechnen ist, der aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht. Dabei muss sichergestellt sein, dass für politische, religiöse, künstlerische oder wissenschaftliche Veranstaltungen, die in besonderem Maße grundrechtlich geschützt sind, keine Kosten erhoben werden.

Die Grenze, ab welcher eine Veranstaltung als Großveranstaltung dient, ist an Berliner Verhältnisse und den konkreten Veranstaltungsbereich anzupassen und kann die Zahl von 5.000 Teilnehmer:innen nach Bremer Vorbild übersteigen.

Die Gebühr ist in einer Weise zu berechnen, dass Veranstalter:innen nicht übermäßig belastet werden. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die Gebühren durch eigene Sicherheitskonzepte zu reduzieren. Damit soll dazu angehalten werden, sich eigenverantwortlich an der Veranstaltungssicherheit zu beteiligen.

Schließlich soll sichergestellt werden, dass die Gebühren nicht einseitig auf die Ticketpreise weitergegeben werden, sodass die Teilnahme an Veranstaltungen bezahlbar bleibt. Eine Umlegung der Gebühren soll zu Lasten der gewaltgeneigten Besucher:innen erfolgen, bspw. durch Festlegung einer Vertragsstrafe.

Auf dieser Grundlage wird die Innenminister:innenkonferenz aufgefordert, ein bundesweit einheitliches Mustergesetz zu erarbeiten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass eine einheitliche Regelung in allen Bundesländern greift und letztere durch die Erhebung einer solchen Gebühr keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Berlin orientiert sich bei der Umsetzung an diesem Mustergesetz.

### **Antrag 19 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

### **ÖPNV-Nutzung für Kitagruppen vereinfachen.**

Die SPD setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass Kindergartengruppen inklusive ihrer begleitenden Erzieherinnen die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei nutzen können. Hierzu soll eine Regelung geschaffen werden, die eine kostenlose Beförderung von Kindergartenkindern jeden Alters sowie der sie begleitenden Erzieherinnen ermöglicht, unabhängig davon, ob die Kinder bereits das sechste Lebensjahr vollendet haben.

### **Begründung:**

In Berlin profitieren Schulkinder bereits von einer vorbildlichen Regelung: Mit dem Schülerticket können sie die öffentlichen Verkehrsmittel der BVG kostenfrei nutzen. Auch Kindergartenkinder bis zum Alter von sechs Jahren fahren in Begleitung einer zahlenden Person kostenlos mit. Jedoch besteht hier eine Lücke, die insbesondere Kindergartengruppen betrifft. Kinder, die das sechste Lebensjahr überschritten haben, aber noch nicht eingeschult sind, müssen derzeit ein eigenes Ticket erwerben. Ebenso sind Erzieherinnen, die diese Gruppen begleiten, nicht von einer kostenfreien Nutzung umfasst. Dies führt zu einer ungleichen Behandlung und finanziellen Belastungen für Kindergärten, insbesondere bei Ausflügen, die einen wichtigen Beitrag zur frühkindlichen Bildung und sozialen Teilhabe leisten.

Die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Kindergartengruppen inklusive begleitender Erzieherinnen schafft folgende Verbesserungen:

Chancengleichheit: Alle Kinder, unabhängig vom Alter oder Einschulungszeitpunkt, sowie ihre Betreuungspersonen erhalten die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Freizeitangeboten.



Entlastung der Kindergärten: Finanzielle Hürden für Ausflüge werden beseitigt, was die Planung und Durchführung erleichterten.

Förderung nachhaltiger Mobilität: Der öffentliche Nahverkehr wird für junge Menschen und pädagogisches Personal attraktiver, was langfristig umweltbewusstes Verhalten stärkt.

Soziale Gerechtigkeit: Familien und Einrichtungen mit geringem Einkommen profitieren besonders von der Maßnahme.

#### **Antrag 20 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

#### **ÖPNV stärken – Einnahmen erhöhen: Höhere Nutzungsgebühren für E-Scooter-Betreiber.**

Die SPD Berlin und die AGH Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Gebühren für das Betreiben von E-Scootern von max. 42 EUR pro Fahrzeug jährlich auf 500 EUR erhöht werden.

#### **Begründung:**

Als Leihfahrzeug in Innenstädten, wo (wie in Berlin) ÖPNV-Netze gut ausgebaut sind und kurze Wege zu Fuß und mit Fahrrad zurückgelegt werden, bringen die Roller eher Nachteile für die Umwelt mit sich. Sie laufen Gefahr als zusätzliche Mobilitätsform bestehende Infrastruktur für das Zufußgehen und Fahrradfahren unattraktiver zu machen. Zwar sind E-Scooter in der Ökobilanz deutlich besser als das Auto. Gegenüber dem Fahrrad, mit dem sich Strecken ebenso schnell bewältigen lassen und Gepäck besser transportiert werden kann, sind E-Scooter aber die umweltschädlichere Variante und daher keine gute Alternative. Hinzu kommt, dass E-Scooter häufig so abgestellt werden, dass sie eine Barriere für Menschen, insbesondere für Menschen mit Sehbeeinträchtigung, darstellen. Polizei und Ordnungsamt sind mit der Umsetzung dieser E-Scooter überfordert.

Mit der Gebührenerhöhung wird wegen der in Berlin vorhandenen guten ÖPNV-Versorgung fehlenden Nachhaltigkeit der E-Scooter Rechnung getragen.



**Antrag 21 (ANNAHME)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:****Berliner Norden weiterhin direkt mit dem Flughafenexpress an den BER anbinden!**

Die SPD Berlin und die SPD AGH Fraktion setzen sich dafür ein, dass der FEX auch nach Eröffnung der „Dresdner Bahn“ weiterhin über Gesundbrunnen direkt zum BER fährt und damit den Berliner Norden an den Flughafen anbindet.

**Begründung:**

Der FEX soll zukünftig über das Südkreuz führen anstatt Gesundbrunnen. Grund dafür ist die Wiederbelebung der Dresdener Bahn Vgl: <https://www.openpetition.de/petition/online/der-fex-bleibt-am-gesundbrunnen>

1. Zentrale Lage und Anbindung an den Norden Berlins: Berlin Gesundbrunnen ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt im Norden der Stadt und bietet eine direkte Anbindung an den dicht besiedelten nördlichen Teil Berlins sowie an die angrenzenden Regionen Brandenburgs. Dies ermöglicht es, eine größere Bevölkerungsgruppe an den Flughafen anzubinden, insbesondere aus den Bezirken Reinickendorf, Pankow und Wedding.
2. Verknüpfung mit wichtigen Bahnstrecken: Gesundbrunnen ist ein zentraler Fernbahnhof, der wichtige Verbindungen nach Norden und Nordwesten bietet (z. B. Hamburg, Rostock). Eine Führung des FEX über diesen Knotenpunkt würde nicht nur Berlinerinnen und Berlinern, sondern auch Reisenden aus diesen Regionen einen direkteren Zugang zum Flughafen BER ermöglichen.
3. Entlastung des S-Bahn-Rings: Südkreuz ist bereits stark frequentiert und liegt auf dem südlichen Abschnitt des Berliner S-Bahn-Rings. Eine Führung des FEX über Gesundbrunnen würde den S-Bahn-Ring entlasten und die Verteilung der Verkehrsströme optimieren.
4. Bessere Erreichbarkeit für den Norden und die Mitte Berlins: Während Südkreuz den Süden und Westen Berlins besser bedient, ist Gesundbrunnen optimal für Menschen, die aus der Mitte und dem Norden der Stadt reisen. Dadurch wird eine bessere geographische Abdeckung gewährleistet.
5. Entlastung von Straßen und Flughafenzubringern: Durch die direkte Anbindung von Gesundbrunnen an den FEX könnten mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr als Alternative zum Auto nutzen, was den Verkehr auf den Straßen und Zubringern zum Flughafen reduzieren würde.

Insgesamt würde eine Führung des FEX über Berlin Gesundbrunnen eine breitere Bevölkerungsgruppe ansprechen, die Anbindung des nördlichen Berlins und der Region verbessern und den Verkehr nachhaltiger gestalten.

Die Bahn informiert weder ausreichend über die neue Streckenführung, noch bietet sie Alternativen an. Und dass obwohl der Gesundbrunnen einer der meistfrequentierten Bahnhöfe Berlins ist. Laut den Zahlen von 2019 aus der Drucksache 19/20455 auch mit mehr Fahrgästen täglich (203.000) als das Südkreuz (179.000). Daher muss die Streckenführung des FEX weiterhin über den Gesundbrunnen laufen oder eine adäquate Alternative angeboten werden. Der FEX am Gesundbrunnen ist nicht nur für die Anbindung an den BER essenziell, sondern auch eine wichtige Route zum Hauptbahnhof und Ostkreuz und entlastet so die Ringbahn.

#### **Antrag 22 (ABWEISUNG)**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

#### **Pilotprojekt Kiez-Klimabonus starten.**

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin bis Ende 2026 ein Pilotprojekt „Kiez-Klimabonus“ in mindestens drei Bezirken startet. Bürger\*innen und kleine Gewerbetreibende sammeln Punkte durch klimafreundliche Maßnahmen wie Mülltrennung, Nutzung erneuerbarer Energien, Carsharing oder die Teilnahme an lokalen Umweltinitiativen. Diese Punkte können gegen Vergünstigungen wie ÖPNV-Tickets, Gutscheine für lokale Geschäfte oder kulturelle Angebote eingetauscht werden. Das Programm wird durch Landesmittel finanziert, mit einer Evaluierung nach zwei Jahren zur möglichen landesweiten Ausweitung.

#### **Umsetzungsvorschlag:**

Entwicklung einer App oder eines einfachen Meldesystems zur Erfassung der Punkte, in Kooperation mit Bezirksämtern und lokalen Partner\*innen.  
Einrichtung eines Kiez-Klimabeirats pro Bezirk, der Maßnahmen vorschlägt und die Vergabe koordiniert.

Finanzierung durch einen Mix aus Landesmitteln, EU-Förderungen und Kooperationen mit nachhaltigen Unternehmen.

**Begründung:**

Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, doch viele Berliner\*innen fühlen sich von abstrakten Zielen überfordert. Der „Kiez-Klimabonus“ macht Nachhaltigkeit greifbar, belohnend und gemeinschaftlich. Inspiration liefern internationale Beispiele:

Stockholm: Die schwedische Hauptstadt hat ein Punktesystem eingeführt, bei dem Bürger\*innen für Recycling und nachhaltiges Verhalten Punkte sammeln, die sie gegen Rabatte in lokalen Geschäften einlösen können. Dies hat die Recyclingquote deutlich erhöht und zeigt, wie ein spielerischer Ansatz („Gamification“) Motivation schafft. Berlin könnte dieses Modell auf den Kiez übertragen und durch digitale Tools noch zugänglicher machen.

San Francisco: Dort werden Unternehmen mit Steuervergünstigungen für klimafreundliche Investitionen belohnt, etwa in Solarenergie oder emissionsarme Fahrzeuge. Der „Kiez-Klimabonus“ adaptiert diesen Ansatz, indem er kleine Gewerbetreibende einbezieht, jedoch statt Steuererleichterungen direkte, alltagsnahe Vorteile bietet, die auch Haushalte erreichen.

Der „Kiez-Klimabonus“ hebt sich durch seinen lokalen Fokus ab: Er fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern auch den Zusammenhalt im Kiez, indem er lokale Wirtschaft und Gemeinschaft einbindet. Gerade in einer vielfältigen Stadt wie Berlin, mit ihren unterschiedlichen Bezirken und Lebensrealitäten, ist ein solches Programm ein starkes Signal, wie soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammen funktioniert.

**Antrag 23 (ANNAHME)****Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:****Wohnen und energiebewusstes Heizen.**

Die aktuellen tagespolitischen Herausforderungen verdecken den Blick darauf, dass der menschengemachte Klimawandel zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten führen wird, wenn nicht sofort entschieden gegengesteuert wird. Im krassen Gegensatz zu den bestehenden Erfordernissen hat Deutschland jedoch die nationalen und europäischen Klimaziele vor allem im Gebäudesektor – neben dem Verkehrssektor - nicht erreicht.

Die Ankündigungen von CDU und CSU im Bundestagswahlkampf 2025 haben die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich von ihnen selbst umsetzbaren Maßnahmen tief verunsichert. Vor allem die Absicht das sog Heizungsgesetz wieder rückgängig zu machen wäre ein verhängnisvoller Schritt in die falsche Richtung.

Wir fordern daher unsere SPD-Vertretungen im Abgeordnetenhaus sowie im Senat von Berlin auf, sich für die Umsetzung folgender Maßnahmen einzusetzen:

Berlin ist wie alle Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet bis zum 30.06.2026 einen Wärmeplan vorzulegen. Im Rahmen der sog.

Verkürzten Wärmeplanung sind bereits Gebiete identifiziert worden, in denen ein Fernwärmenetz unwahrscheinlich ist.

In diesen Gebieten kommt auch in Zukunft nur eine dezentrale Wärmeversorgung in Betracht. Dies gilt auch für weite Bereiche in Reinickendorf. Um eine weitere Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürgern zu vermeiden, sollte durch den Senat bzw. durch den Bezirk eine verlässliche Information an die Grundstückseigentümerinnen bzw. -eigentümer gegeben werden.

Nach Berechnungen von Wirtschaftsinstituten wird der neue europäische Emissionshandel für das Heizen mit Öl oder Erdgas im Gebäudesektor bis 2030 zu einer Preiserhöhung um 31 bis 41 Prozent führen (Quelle: Spiegel online vom 8.03.2025). Der Senat bzw. der Bezirk wird aufgefordert, eine Information zur Entwicklung der Heizkosten und auch der Stromkosten zu geben und diese alljährlich zu aktualisieren. So erhalten die Bürgerinnen und Bürger eine Grundlage für die Entscheidung, in welcher Form sie künftig heizen wollen.

Nach dem Bundestagswahlprogramm der SPD soll niemand durch die steigenden Energiekosten überfordert werden. Als eine Möglichkeit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wird das sog. Klimageld genannt. Wir fordern die der SPD angehörenden Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Bundestagsabgeordneten und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine derartige sozial und regional gestaffelte Entlastung konkretisiert und zeitnah umgesetzt wird.

Nach dem Gebäudeenergiegesetz (§ 71 GEG) darf in Zukunft eine neue Heizung in einem Wohngebäude nur eingebaut werden, wenn mindestens 65 Prozent der Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugt wird. In Betracht kommen insbesondere elektrisch betriebene Wärmepumpen. Der Ersatz einer alten Ölheizung wird derzeit mit einem Zuschuss von bis zu 55 Prozent der Kosten (bei einkommensschwachen Familien zusätzlich 20 Prozent) gefördert. Wir fordern die der SPD angehörenden Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Bundestagsabgeordneten und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Förderung erhalten bleibt.

#### **Antrag 24 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau**

**Die SPD Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau möge beschließen,**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

**Verkaufsverbot vom privaten Feuerwerk etablieren.**

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Deutschen Bundestag sowie der Bundesregierung werden aufgefordert sich für ein Verkaufsverbot von privatem Feuerwerk einzusetzen. Als Ersatzangebot sollen insbesondere an Sylvester an zentralen Orten in den Kommunen professionelle Feuerwerke organisiert und abgehalten werden.

#### **Begründung:**

Die Bilanz des Sylvesterfeuerwerks 2024 in Berlin hat gezeigt, dass die weiter steigende Menge an Feuerwerkskörpern und die immer gefährlichere Konstruktion von bestimmten Böllern zu großen Schäden an Leben und Gesundheit der Bewohner geführt haben. Zu diesen genannten Schäden kommen weitere Schäden für Natur, Umwelt und Tierwelt. Der Berliner Versuch, einzelne böllerfreie Zonen zu schaffen, muss deshalb als gescheitert angesehen werden.

**Antrag 25 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd,  
Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Öffnungsklausel im Sprengstoffrecht.**

Aufgrund der wiederholten und massiven Gewalt gegenüber Personen, insbesondere Einsatzkräften, und Gebäuden an Silvester/Neujahr in Berlin und des in Teilen rücksichtslosen und gefährlichen Gebrauchs von Pyrotechnik bis hin zu Kugelbomben halten wir eine Öffnungsklausel im deutschen Sprengstoffrecht für dringend geboten, die den Bundesländern und Kommunen gestatten würde, z.B. in unserer Stadt nur noch durch Sicherheitskräfte eingehegte Gebotszonen zuzulassen, in denen auch von Privatpersonen Feuerwerk gezündet werden darf, oder alternativ zentrale Distrikte, in denen professionell Feuerwerk stattfinden dürfte und/oder Drohnenshows gezeigt werden könnten.

**Begründung:**

Derzeit erlaubt das Sprengstoffrecht generell das Abbrennen von Pyrotechnik am 31. Dezember und am 1. Januar. Die Kommunen dürfen nur in einem eng begrenzten Rahmen Verbotszonen einrichten. Wenn ein generelles Verbot von Verkauf, Besitz und Anwendung von Pyrotechnik derzeit keine Aussicht auf Erfolg hat, nicht möglich ist, muss das Leben und die Unversehrtheit von Bürger\*innen und aller Einsatzkräfte durch kommunale Maßnahmen geschützt werden können. Nach der verheerenden Bilanz der letzten Silvesternacht hat eine Petition der Polizeigewerkschaft innerhalb weniger Tage fast zwei Millionen Unterschriften verzeichnet, die der Bundesinnenministerin bereits übergeben wurden. In der Breite der Bevölkerung ist das Ausmaß des Problems eindeutig angekommen.

**Initiativantrag 1 (ABWEISUNG)**

**Antragsteller: Uwe Meinhold, Abteilung 12/06 Lübars/Waidmannslust/Wittenau  
Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

**~~Nichtmilitärischen Friedenssicherung in den Koalitionsverhandlungen.~~**

~~Der Parteiverstand, die Bundestagsfraktion und die SPD-Vertreter\*innen bei den Koalitionsverhandlungen werden aufgefordert, sich für die Verankerung folgender Zielsetzungen im Koalitionsvertrag mit der Union und bei ihren sonstigen politischen Anstrengungen einzusetzen:~~

Die Bundesregierung nutzt den durch die beschlossene Grundgesetzänderung geschaffenen finanziellen Spielraum für die Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, um neben militärischen Maßnahmen, Maßnahmen der Inneren und Cyber-Sicherheit auch für nichtmilitärische Mittel der Friedenssicherung – Entwicklungszusammenarbeit, Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung, Humanitäre Hilfe, Stärkung der Vereinten Nationen und Organen der Internationalen Gerichtsbarkeit – hinreichende zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen.

#### **Begründung:**

Die Folgen der auf eine Zerstörung der regelbasierten internationalen Ordnung wie der Grundlagen der bisherigen transatlantischen Beziehungen, aber auch auf Aushöhlung globaler humanitärer Sicherungssysteme ausgerichteten Politik der Trump-Administration – Flucht, Vertreibung, Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt – können nicht allein durch Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas aufgefangen werden, sondern bedürfen einer gleichwertigen Stärkung der nichtmilitärischen Mittel der Friedenssicherung, wie sie als Prinzip bereits einmal im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2017 formuliert wurden.

#### **Initiativantrag 2 (ERLEDIGUNG)**

**Antragsteller:** Abteilung 12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Aufstellung von Schaukästen der politischen Parteien auf öffentlichen Straßenland von Gebühren befreien.**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass die Aufstellung von Schaukästen auf öffentlichen Straßenland, die politische Informationen von Parteien enthalten, gebührenfrei ist. Hierzu ist die Sondernutzungsgebühren-Verordnung in Berlin entsprechend anzupassen.

#### **Begründung:**

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Die Parteien sind dafür verantwortlich, politische Meinungen zu bündeln und in reale Politik umzusetzen (Art. 21 I GG). Zugleich müssen Parteien über ihre Standpunkte aber auch informieren können. Die Aufstellung von Schaukästen auf öffentlichen Straßenland ist seit Jahrzehnten einer der wenigen Möglichkeiten, Menschen direkt auf der Straße anzusprechen und über Standpunkte der Parteien zu informieren. Die Erfahrung zeigt, dass viele Menschen diese niedrigschwellige Möglichkeit zur Informationsgewinnung nutzen.



Mittlerweile werden jedoch hohe Sondernutzungsgebühren für die Aufstellung der Schaukästen verlangt, die die Parteien sich nicht mehr leisten können und die dazu führen, dass die Schaukästen abgebaut werden müssen. Um einen Abbau der Schaukästen zu verhindern und weiterhin einen niedragschwelligen Zugang zu Informationen der Parteien zu ermöglichen, soll die Aufstellung entsprechender Schaukästen deshalb künftig gebührenfrei sein.

### **Initiativantrag 3 (ANNAHME)**

**Antragsteller: Geschäftsführender Kreisvorstand der SPD Reinickendorf und Jörg Stroedter, MdA**  
**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**  
**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

#### **Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen, Infrastruktur für alle stärken.**

Die SPD Berlin bekennt sich zum Ziel einer dezentralen Unterbringung geflüchteter Menschen. Es ist uns bewusst, dass dies unter der aktuellen Situation des Berliner Wohnungsmarkts eine große Herausforderung und nur langfristig zu bewältigende Aufgabe ist, weshalb kurz- und mittelfristig auch weiterhin Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen notwendig sein werden.

Die SPD begrüßt die Pläne der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung für eine Reduzierung der Kapazitäten des Ankunftszenstrum Tegel. Eine Ausweitung der Kapazitäten, wie sie von Teilen der CDU gefordert wird, lehnen wir entschieden ab. Die Unterbringung von vielen tausend Menschen auf engstem Raum ohne ausreichende Privatsphäre, Beschäftigung und Betreuung schürt Konflikte, behindert die Integration und ist eine schwere Belastung für die ohnehin oftmals traumatisierten Menschen. Die SPD fordert mindestens eine Halbierung der derzeitigen Kapazität.

Der Berliner Senat wird aufgefordert, für die Überlegungen zu einer neuen Gemeinschaftsunterkunft auf dem Gebiet des ehemaligen Flughafen Tegel das gesamte Gelände zu betrachten, um einen Standort zu finden, der verkehrlich gut angebunden ist und zum Beispiel in Erweiterung des geplanten Schumacher-Quartiers an ein Wohngebiet und dessen Infrastruktur angebunden ist und im Sinne einer nachhaltigen Planung später ggf. für studentisches Wohnen und/oder Seniorenwohnen genutzt werden kann.

Die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft auf dem militärischen Teil des ehemaligen Flughafens Tegel Nord kann nur erfolgen, wenn die Infrastruktur für das gesamte Gebiet sichergestellt wird.

Dazu gehören die öffentliche Widmung aller Straßen in der Cité Guynemer finanziert durch das Land Berlin sowie die Übernahme und der Betrieb des Pumpwerkes in de Cité Gynemer durch die Berliner Wasserbetriebe und die Sanierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Leitungen.



Cité Gynemer und die neue Gemeinschaftsunterkunft müssen durch eine Buslinie besser an ÖPNV angeschlossen werden und das Naherholungsgebietes des Flughafensees durch eine intensivere Pflege und eine bessere Ausstattung mit Toilettenanlagen und Müllbehältern geschützt werden.

In Zusammenarbeit mit dem Bezirk Reinickendorf muss sichergestellt werden, dass die soziale Infrastruktur ausgebaut wird. Dazu gehören ausreichende Kita- und schulplätze, sowie Jugend- und Stadtteileinrichtungen für alle Anwohnenden.

Mit der Stärkung baulichen und sozialen Infrastruktur erhalten die bestehenden Wohngebiete am nördlichen Teil des Flughafens Tegel eine deutliche Verbesserung der Situation vor Ort, womit eine gute Akzeptanz der Flüchtlingseinrichtung und die Integration der dort untergebrachten Menschen erreicht werden kann.

#### **Initiativantrag 4 (RÜCKNAHME wegen Erledigung)**

**Antragsteller:** Ingo Todtenkopf, Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**

**Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen,**

**Und der Geschäftsführende Kreisvorstand (GKV) möge diesen Beschluss an die Genossinnen und Genossen in den Koalitionsgesprächen weiterleiten:**

#### **Demokratiefördergesetz.**

**Die Berliner SPD fordert, dass die Einbringung eines Demokratiefördergesetzes in den Koalitionsvertrag mit der CDU für die Bildung der neuen Bundesregierung aufgenommen wird.**

#### **Begründung:**

In einem bereits vorliegenden Gesetzentwurf werden „Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Extremismen wie Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus, Linksextremismus“ sowie „Hass im Netz, Desinformation und Wissenschaftsleugnung“ als Gefahren für die Demokratie genannt.

Konkret gefördert werden sollen unter anderem Initiativen zur „Stärkung und Förderung demokratischer Werte“ und des demokratischen Engagements, Projekte zur „Selbstermächtigung und Selbstbestimmung der von Diskriminierung betroffenen Gruppen“ sowie Maßnahmen zur Extremismusprävention. Zudem sollen überregionale Strukturen gefördert werden, „die Opfer von politisch und ideologisch motivierter Gewalt sowie Betroffene von Diskriminierung im gesamten Bundesgebiet beraten und unterstützen“.

1300 Der Ärger über die kleine Anfrage zur »politischen Neutralität staatlich geförderter  
1301 Organisationen« der Union war groß und wurde als einen »Angriff auf die Zivilgesellschaft«  
1302 gesehen. SPD-Partei- und Fraktionschef Lars Klingbeil sprach von einem »Foulspiel«.  
1303  
1304 Die SPD muss bereits im Koalitionsvertrag deutlich machen, dass mit ihr nicht nur eine  
1305 Einschüchterung der betroffenen Institutionen verhindert wird, sondern das gerade jetzt diese  
1306 Koalition das Engagement der Bürger für den Erhalt der Demokratie stärkt!

